



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

446 (28.9.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205669](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205669)

Stellung des „Times“-Korrespondenten behauptet man in Amerika, daß Frankreich und Italien es sind, die nicht mit offenen Karten spielen. Was die Kapitularverträge zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten angeht, so sei man in Washington der Ansicht, daß sie weiterhin zu Recht beständen. Inzwischen ist eine Note der Washingtoner Regierung veröffentlicht worden, in der sie ihre Zustimmung zu den Pariser Beschlüssen in vollem Umfange gibt.

Amerikas Befriedigung über die Pariser Beschlüsse.

27. Sept. London. Nach einer Meldung aus Washington hat Staatssekretär Hughes auf eine Anfrage wegen der Lage im Orient erwidert, die amerikanische Regierung sehe mit Befriedigung, daß die Vorschläge der drei alliierten Mächte darauf gerichtet seien, wirksam die Freiheit der Meerengen und des Maramarerees sicherzustellen, ebenso wie die Freiheit der religiösen und Rassenminderheiten. Diese Vorschläge entsprächen der amerikanischen Auffassung. Die amerikanische Regierung vertraue darauf, daß man zu Abmachungen gelangen werde, die die Freiheit der Meerengen sichern würden in Erwartung der endgültigen Friedenskonferenz zwischen der Türkei, Griechenland und den Alliierten.

Vom Völkerbund.

27. Sept. 27. Sept. Die Völkerbundesversammlung nahm heute miting die Anträge des Abrüstungs-Ausschusses einschließlich den Resolutionen über die Garantieverträge und Reparationsfrage einstimmig nach einer wenig sensationellen Debatte an, an der das Publikum und die Delegationen einen weit geringeren Anteil nahmen als in der gestrigen Sitzung.

Frankling-Schweden wies auf die Enttäuschung hin, die angesichts der heutigen Wirtschaftsfrage entstehen müsse, wenn der Völkerbund auf dem eingeschlagenen Wege nicht weiter schreite. — Ustaszynski-Polen betonte das besondere Interesse, das Polen an der Annahme der Anträge habe angesichts seiner Lage zwischen Deutschland und Rußland. — Cost-Australien hob hervor, daß Deutschland abgerüstet habe und sich damit wirtschaftlich besser stelle, als die mit großen Heeresausgaben besetzten Staaten. — Lange-Norwegen erklärte, das Fortbestehen des nationalistischen Geistes sei die schlimmste Erbschaft aus dem Kriege und bezeichnete die Unterwerfung des Völkerbundes im Interesse der Abrüstung für unbedingt notwendig. — Zahl-Dänemark wünscht, daß die Abrüstung auch ohne Garantiepakt durchgeführt werden möge. Ein südamerikanischer Redner erklärte, daß die Panamerikanische Konferenz von Santiago sich mit den Abrüstungsproblemen ernsthaft befassen werde.

Den einzigen Höhepunkt der heutigen Debatte bildete die Erklärung, womit Lord Robert Cecil die Aussprache abschloß und in der er unter Bezugnahme auf die gestrigen Worte Jouvenels über Bismarck, Bismarck und Nietzsche als Vertreter der militärischen Mentalität sagte, solche Männer gebe es auch in anderen Ländern, auch in Frankreich. Aber wie auch in Frankreich die Mehrheit des Volkes für den Frieden sei, so sei auch die Mehrheit der anderen Nationen, ob sie nun dem Völkerbund angehören oder nicht, friedlich gesinnt, so auch in Deutschland und Rußland.

Der Präsident der Versammlung leitete in längerer Rede die nunmehr abgeschlossene Abrüstungsdebatte, die in den Annalen des Völkerbundes eine große Rolle spielen werde.

Nach Erledigung der Abrüstungsfrage nahm die Völkerbundesversammlung die bereits gemeldete Resolution der Sechsten Kommission an, die die Aufmerksamkeit des Völkerbundesrates auf die Orientfrage lenkt, aber ausdrücklich die Befragung des griechisch-türkischen Konfliktes einer Konferenz der alliierten Großmächte vorbehält.

Die Hilfsaktion für Oesterreich.

27. Sept. 27. Sept. (Von unv. Berl. Büro.) Die Hilfsaktion des Völkerbundes für Oesterreich kann, wie die „Vossische Zeitung“ sich aus Genf drohen läßt, nunmehr als gesichert angesehen werden. Die Zustimmung der englischen Regierung ist gestern in Genf eingetroffen und da allgemein die italienische Zustimmung als von der englischen abhängig angesehen werden kann, so rechnet man mit deren baldigen Eintreffen. Auf der heutigen Sitzung des Hilfskomitees wird voraussichtlich die Entscheidung fallen.

27. Sept. 27. Sept. (Von unv. Berl. Büro.) Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat den Plan der Gründung einer österreichischen Rentenbank genehmigt, fordert jedoch eine Reihe von Währungsreformen. Das Komitee ist der Ansicht, daß das geforderte Kapital von 100 Millionen Goldmark zu hoch sei und daß 50 Millionen genügen dürften. Auch von einer Garantierung des Bankkapitals durch den Staat soll abgesehen und das Bankkapital durch private Zeichnungen aufgebracht werden.

28. Sept. 28. September. (Von unv. Berliner Büro.) Das Hilfskomitee des Völkerbundes für Oesterreich hat gestern den Plan für die Kredithilfe genehmigt. Darnach übernehmen England, Frankreich, Italien und die Tschechi 20 Prozent des Betrages von 500 Millionen Goldmark, die restlichen 20 Prozent werden von einigen kleineren Staaten, darunter auch die Schweiz, aufgebracht werden.

Bismarck und Wilhelm II.

Von Guenther Thomas.

In diesen Tagen ist mit dem Abdruck des bannmächtig zur Ausgabe gelangenden Buches des Kaisers begonnen worden, das den Titel „Ereignisse und Gestalten 1878—1918“ trägt. Man sagt wohl nicht zuviel, wenn man der Ansicht Ausdruck gibt, daß gerade diejenigen Kreise, die nicht mit Eos und Vos ins neue republikanische Lager abgewandert sind, sondern die mit Stolz und Liebe an die Zeiten der Gründung, des Aufstieges und der Blüte des deutschen Reiches und des deutschen Volkes zurückdenken, mit recht gemischten Gefühlen und Beforgnissen die Ankündigung von dem Erscheinen des Buches zur Kenntnis nahmen. Es ist ohnehin seit unserem Zusammenbruch eine solche Flut von persönlichen Erinnerungen über uns herniedergegangen, von Persönlichkeiten, die mit wenigen Ausnahmen nach am Leben sind, daß man gerade daran schmerzhaft erinnern kann, wie groß die Hemmungslöslichkeit auch auf diesem Gebiet geworden ist. Wenn man nun auch den Heerführern, Staatsmännern und Politikern, die im Mittelpunkt der Entwicklung und der Ereignisse gestanden haben, die Berechtigung zusprechen kann, sich mit ihrer Umwelt und ihren Widersachern auseinanderzusetzen, so hätte man doch lieber gesehen, wenn wenigstens der Mann mehr Zurückhaltung geübt hätte, der seiner Stellung nach über den streitenden Parteien stehen sollte. Er selbst läßt keinen Zweifel darüber bestehen, daß er die Veröffentlichung des dritten Bandes der Bismarck'schen Erinnerungen im gegenwärtigen Zeitpunkt für unangebracht hält. Bismarck ist seit bald 25 Jahren tot, der Kaiser aber lebt noch. Doch auch er in der erzwungenen Ruhe von Doorn zur Feder gegriffen hat, um der Nachwelt seine persönliche Auffassung von den Ereignissen seiner Zeit zu übermitteln, ist verständlich. Bei aller Besorgnis in der Behandlung würde er, wie wenige andere, in der Lage sein, wertvollen Stoff zur Beurteilung der Vorbereitung, des Verlaufes und des Ausganges des Weltkrieges beizutragen. Daß er jedoch gleich damit an die Öffentlichkeit tritt, hat zur naturgemäßen Folge, daß auch seine Persönlichkeit mit allen Eigen-

Die Not der Presse.

Die Regierungsmaßnahmen vor dem Reichstagsausschuß

28. Sept. 28. Sept. In der gestrigen Nachmittags-sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages wurde der Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse vom 21. Juli 1922 behandelt. Der Ausschuß erklärte sich damit einverstanden, daß die auf Grund des Gesetzes zu errichtende Rückvergütungskasse für die deutsche Presse am 15. Okt. 1922 ins Leben treten soll. Gegen den Wunsch des Reichsrates im Verwaltungsrat vier Mitglieder zu haben, wendete der Ausschuß nichts ein. Ueber die weitere Zusammenfassung des Verwaltungsrates wurde beschlossen, daß jede Fraktion des Reichstages einen Vertreter ernenne, der vorläufige Reichswirtschaftsrat drei Vertreter, der Verein deutscher Zeitungsverleger zwei Vertreter, der Verein großhändlerischer Zeitungsverleger einen Vertreter, die durch die vorstehenden Verbände nicht vertretene Presse einen Vertreter, der Reichsverband der deutschen Presse einen Vertreter. Zu der Teilnahme an den Sitzungen sind dann noch je ein Vertreter des Reichsanwalters, des Reichswirtschaftsministers, des Reichsinnenministers, des Reichsfinanzministers und des Reichsaussenministers zugelassen.

Angenommen wurde ein Antrag Stolowich (Dem.), nach dem die Rückvergütung auf den Druckpapierpreis nur an die Verleger der deutschen politischen Zeitungen und Zeitschriften zu zahlen ist, ferner eine Entschädigung des Abg. Streiter (DPS), dergemäß auch die gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und wissenschaftlichen Zeitschriften aller Richtungen berücksichtigt werden sollen. Auch wurde entsprechend der Entscheidung des Reichsrates in der Verordnung eine Bestimmung aufgenommen, wonach 3% der Einnahmen von der Reichsregierung zu bestimmenden Zwecken zur Unterstützung notwendiger wissenschaftlicher Zeitschriften überlassen werden sollen.

heßen in den Mittelpunkt leidenschaftlicher, vielfach von Parteipolitik getriebener Erörterung gestellt wird. Wilschlag wird der auch in diesem Falle anscheinend nicht allzu gut beratene Kaiser bald erkennen, daß er seiner eigenen Sache keinen guten Dienst geleistet hat. Es hätte sowohl der Würde des letzten deutschen Kaisers wie der tragischen Rolle, die er beim Ausgange gespielt hat, besser entsprochen, wenn er für die Mittel geschwiegen hätte, statt die Aussprüche über noch brennende Wunden der Vergangenheit von neuem zu entfehlen. Doch die kaiserlichen Erinnerungen nicht nur in Deutschland, sondern gleichzeitig auch im Ausland, und zwar zum Teil von Blättern, die alles andere als gerade deutschfreundlich oder mindestens vorurteilslos sind, vergrößert werden, trägt nicht dazu bei, das unbehagliche Gefühl zu vermindern.

Es ist unvorstellbar, daß die scharfe, um nicht zu sagen vernichtende Kritik, die Bismarck in seinem dritten Bande an der ganzen Persönlichkeit des Kaisers geübt hat, den eigentlichen Anstoß zu dem Buch gegeben hat. Sonst wäre sicherlich gleich das erste Kapitel dem ersten Rangler des deutschen Reiches gewidmet worden, das schließlich nur auf eine Darstellung der tiefen Gegensätze zwischen Rangler und Kaiser hinausläuft. In den Ausführungen Wilhelm II. über dieses in hohem Grade peinliche Kapitel ist eigentlich nur ein Wort enthalten, das man rückhaltlos unterzeichnen kann: Der Kaiser macht darauf aufmerksam, daß er mit seinem Regierungsantritt eine Generation zur Macht brachte, der die stete ruhige Entschlossenheit, die eigentliche Reife fehlten — und damit spricht er sich selbst eigentlich das Urteil. Es ist vollkommen richtig, wenn er sagt, durch den Uebergang der Regierung vom alten Kaiser, den er beharrlich und etwas befremdlich immer nur Wilhelm den Großen nennt, auf ihn eine volle Generation überspringen worden ist. Das hätte nicht der Fall zu sein brauchen, wenn er als junger Mann die immer wieder betonte Bewunderung und Verehrung für Bismarck nicht vor der Ueberhöhung seiner eigenen Persönlichkeit hätte zurücktreten lassen. Auch heute fehlt ihm offenbar vollständig das Gefühl dafür, daß mit dem Augenblick der Entlassung Bismarcks die Entfaltung Deutschlands begann und die furchtbare Weltkatastrophe sich vorbereitete.

Man merkt dem Inhalt und der Darstellungsweise des ersten Kapitels das Bestreben an, möglichst nüchtern und sachlich zu bleiben, was der mit so lebhafter Einbildungskraft begabten Natur des Kaisers schließlich widerstrebt. Es ist schwer zu entscheiden, wieweit davon auf das Konto des Bearbeiters und wieweit auf das Konto des kaiserlichen Verfassers zu setzen ist. Was aber auch die vorsichtige Hand des Bearbeiters nicht zu berichtigen vermag, ist der Eindruck, daß der Kaiser damals wie heute in der Beurteilung von Fragen der auswärtigen, wie der inneren Politik das recht oberflächlichen Informationen und Auffassungen abhängig war. Er nimmt öfters im zweiten Buch zurück, was er im ersten gesagt hat. Er beweist dauernd seine Bewunderung Bismarcks, und er läßt doch keinen Zweifel übrig, daß er die ganze auswärtige Politik des großen Kanzlers Rußland und England gegenüber für verkehrt gehalten hat. Er spricht Bismarck Verständnis für Fragen der Weltpolitik und der Weltstellung, namentlich in bezug auf England, ab und wirft ihm vor, die Bedeutung der deutschen Kolonien nicht begriffen zu haben. Zum Beweise hebt er hervor, daß Bismarck ihm selbst auf seine Vorfstellungen erwidert habe, die deutschen Kolonien würden in Europa verteidigt werden. Wie sehr die Bismarck'sche Auffassung richtig war, hat der Weltkrieg bewiesen, denn wir haben unsere Kolonien mit dem Krieg verloren, trotz glänzender Heldentaten unserer Kolonialtruppen. Ähnliche Beispiele stehen sich mehrfach anführen, auch bei Besprechung der innerpolitischen Fragen, die schließlich zum Sturz Bismarcks führten. Man wird sich hiermit noch mehr zu beschäftigen haben.

28. Sept. 28. Sept. (Von unv. Berliner Büro.) Die Kaiserememorien sind jetzt beim 2. Kapitel angelangt: Caprivi. Aber immer noch ist es die Persönlichkeit des Reichsanzalters, die die kaiserliche Kritik nicht zur Ruhe kommen läßt. Zum ersten mal muß man feststellen, daß sich der Kaiser im Ton vergreift, wenn er sich über den „nicht verstandenen Bismarck“ enträufelt, der durch passive Resistenz und gedankenlose Kritik seine Unternehmungen und Ziele permanenten Widerstand geschaffen habe. Den Erwerb Helgolands bucht sich der Kaiser, in dem er mit Lob für Caprivi nicht zurückhält, als eine Tat voraussehender Politik, durch sie sei erst, und darin wird man dem Kaiser zustimmen können, der Sieg am Stageral ermöglicht worden. Caprivi wird im Kapitel als stiller und vornehmer Staatsmann geschildert, der im Publikum nicht die ihm gebührende Anerkennung gefunden habe und dessen Verdienst um das Vaterland durch den Schatten Bismarcks ungebührlich verbunkelt worden sei.

Deutsches Reich.

Um das Umlagegetreide.

28. Sept. 28. Sept. (Von unv. Berliner Büro.) Ueber Nacht ist eine neue Umlagekrise heraufgezogen. Schon am Dienstag haben wegen der Getreideumlagepreise Kabinettsitzungen stattgefunden, die starke Differenzen zwischen der Auffassung des Reichsernährungsministers und der übrigen sozialistischen Minister ergaben. Die ergebnislose Sitzung wurde auf Mittwoch vertagt. Aber auch diese Mittwochs-sitzung scheint noch keine greifbare Ergebnis gezeitigt zu haben. Die Ausführungen Dr. Behrs in München, die ihm zum Teil als Rücktrittsandrohung ausgelegt wurden, kennzeichnen, auch wenn sie nicht so

schroff ausgefallen sein sollten, doch hinreichend den Ernst der Lage. Der erste Ablieferungsstermin steht unmittelbar bevor. Auslandsgetreide zu kaufen ist Deutschland bei dem gegenwärtigen Stand des Dollars nicht in der Lage. Die Landwirtschaft soll jetzt entschlossen sein, zu 345 Mark pro Zentner nicht abzuliefern und sie begründet dies im allgemeinen damit, daß neben der Höhe der Betriebskosten allein für Kunstdünger infolge der Lohnerhöhungen der Grubenarbeiter 100 Millionen Mark mehr zu zahlen sind.

Die Zuckerverforgung.

27. Sept. 27. Sept. Von beteiligter Seite wird uns über die Zuckerverforgung aus der Ernte 1922 mitgeteilt. Die Lärche, daß zur Zeit Ermögungen zwischen den ausländischen Reichs- und Bundesstellen gepflogen werden, in welcher Weise der Bedarf der Bevölkerung an Runkelrüben aus der Ernte 1922 gedeckt werden könne, hat Geschäftskreise veranlaßt, bereits heute, ehe noch irgendwelche Entscheidung gefallen ist, zur Anziehung von Runkelrüben Kundenlisten anzulegen. Auch sind in verschiedenen Geschäften Plakate ausgehängt worden, die den Anfeuern ermahnen sollen, als ob die Einfuhr in solche Risten amtlich eingeführt sei. Daraus ist jedoch bisher nicht die Rede, da noch keine Entscheidung gefallen ist. Von amtlicher Seite wird vielmehr darauf hingewiesen, daß die Urstatistiken für die Zuckerverwertung keine Bedeutung beanspruchen können. Deshalb wird der Bevölkerung empfohlen, von der Einschätzung in derartige Listen, die vor einer eventuellen amtlichen Aufforderung aufgelegt sind, abzusehen und sich nicht durch solche Plakate irreführen zu lassen.

Die Partei Ledebours.

27. Sept. 27. Sept. Ledebour und seine Anhänger teilen in einem Flugblatt mit, daß sie eine Partei konstituierten, die die U.S.P. aufrechterhalten. Vorstands der Partei sind Ledebour und Theodor Viehnacht. Ledebour kündigt für Anfang Oktober das Erscheinen einer Wochenzeitung an, die sich „Klassenkampf“ nennt und deren Chefredakteur er ist.

28. Sept. 28. Sept. (Von unv. Berliner Büro.) Die U.S.P. D. scheint, wenn man dem Flugblatt glauben schenken kann, auch weiterhin als Partei bestehen zu bleiben. Ledebour, Theodor Viehnacht, Duch und der frühere Abgeordnete der Nationalversammlung Paulant teilen in dem Flugblatt mit, daß die neue Partei sich vorläufig konstituiert habe mit Ledebour und Viehnacht als Vorständen.

Der Anschlag auf Scheidemann.

28. Sept. 28. September. (Von unv. Berliner Büro.) In dem Strafverfahren wegen des Nordversuchs an Scheidemann ist das Ermittlungsverfahren gegen die beiden Täter zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die Akten liegen gegenwärtig beim Oberreichsanwalt zur Erhebung der Anklage. Ob das Verfahren auch auf Kapitänleutnant A. Karl Tilleßen ausgedehnt wird, steht noch nicht fest. Sein Rechtsanwalt hat die Aufhebung des Haftbefehls beantragt, weil der Verdacht gegen ihn nicht hinreichend begründet sei.

Die Lohnverhandlungen mit den Bergarbeitern.

28. Sept. 28. Sept. (Von unv. Berl. Büro.) Die Bergarbeiterverbände hatten, wie bereits mitgeteilt, nach Ablehnung ihrer neuen Lohnforderungen durch die Unternehmer die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums anzufragen. Die Verhandlungen, die die Bergarbeiter gestern mit dem Reichsarbeitsminister gepflogen haben, sind — wie jetzt aus gewerblichen Kreisen mitgeteilt wird — vorläufig ergebnislos verlaufen; sie werden aber fortgesetzt.

Die Reichstagswahlen in Oberschlesien.

28. Sept. 28. Sept. Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. September 1922 wird bestimmt, daß die Wahlen zum Reichstag in Oberschlesien am 19. November stattfinden sollen. Wie die „Deutsche Ztg.“ meldet, werden mit der Reichstagswahl noch die Wahlen des preußischen Staatsministeriums die Wahlen zum preussischen Landtag und zum Provinziallandtag der Provinz Oberschlesien verbunden.

Ein Zwischenfall in Kattowitz.

27. Sept. 27. Sept. Als gestern Abend der Staatsvertreter bei der gemischten Kommission für Oberschlesien, Oberregierungsrat Dr. Bidding, das Haus des Deutschen Volksbundes zur Wehrung der Rinderheerde in Kattowitz verließ, wurde er von fünf polnischen Polizeigenossen angehalten und genötigt, mit ihnen Kräftigengegend nach der Polizeistation zu fahren. Dort wurden beide getrennt in zwei Zimmer geführt. Eine jädegenähste Auskunft über den Grund der Festhaltung, sowie das Verlangen Biddings, ihn telephonisch mit dem Wohnort der Kameraden oder dem Polizeigenossen in Verbindung zu setzen, wurden abgelehnt. Erst später gelang es Bidding, die Wachen nach Weichen anzufragen, nachdem polnische Seite der Zwischenfall als ein Mißverständnis erklärt worden war.

Die Not der besetzten Pfalz.

27. Sept. 27. Sept. Eine bedeutsame Anfrage an die bayerische Staatsregierung, die auf die Not der Pfalz ein beziehendes Schlichtungswort, haben die Abgeordneten Bernzogl, Franz Borch, Brunnstein, Hilberbrand und Walterbach der Bayerischen Volkspartei im Landtag eingebracht. Die Anfrage lautet im Wortlaut:

In Friedenszeiten, da das Deutsche Reich noch Militärmacht war, hatte die Pfalz vier, zum Teil keine bayerische Garnisonen, Landau, Germersheim, Speyer und Zweibrücken. Als hätte man dann Kaiserlautern vorgezogen, das in Landau und anderwärts stehende Infanterie, die über, aufzunehmen sollte. Die Pfalz ist nun besetztes Gebiet. Ihre Bürger sind entmannt. Trotzdem sind weitere Städte außer den genannten durch den Reichspräsidenten besetzt. Militärisch mit Truppen — weißen und farbigen — besetzt. Neue Kasernen müssen gebaut, neue Exerzier- und Lagerplätze angelegt werden. Wald-, Feld- und Wiesengelände, das für Produktion und Ernährung der Pfälzer Bevölkerung überaus notwendig wäre, fallen dem französischen Militarismus zum Opfer. In wieder in Neustadt 250 Morgen alter und besser Kulturboden, die auf Befehl des französischen Oberkommandos beschlagnahmt wurden. Trotz der großen Wohnungsnot in der Pfalz müssen fortgesetzt neue Wohnungen für Militärpersonen und ihre Angehörigen bereitgestellt werden. Die Aufwendungen in der Pfalz für Kasernen, Exerzier- und Lagerplätze, für Offiziers- und Unteroffizierswohnungen gehen in die Milliarden. Viele Pfälzer leben mit Sorgen in die Zukunft, nicht bloß weil ihnen durch die starken Garnisonen und den französischen Militärismus die Lebenshaltung verteuert wird, sondern weil sie auch das Gefühl nicht los werden, daß aus der Pfalz ein hartes Heerlager werden und der weitaus größte Kulturboden von Deutschland losgetrennt werden soll. Wir fragen daher an, ob die Staatsregierung bereit ist, dem Landtag baldigst genaue Auskunft zu geben über:

- 1. Umfang der in der Pfalz für Heereszwecke beschlagnahmten Wälder, Gärten und Gebäude und der errichteten und geplanten Wälder und Bauten.
- 2. Der hierfür aufgewendeten und noch aufzuwendenden Mittel.
- 3. Der Zahl der beschlagnahmten Wohnungen der pfälzischen Bevölkerung.

Wir fragen ferner an, ob es die bisher getroffenen militärischen Maßnahmen im Einklang mit dem Friedensdiktat stehen und, wenn nicht, was leitens der Staats- und Reichsregierung geschehen ist. Wir fragen ferner an, ob die bayerische Staatsregierung bereit ist, über Pfälzer Not und Notlage auch im Auslande Aufklärung zu geben und mit der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der Pfalz und dem gesamten besetzten Gebiet Erleichterungen gewährt werden.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Mittwoch, den 27. September 1922.

Fortsetzung der Spezialberatung bis Titel „Wohlfahrtspflege.“

Erst heute wird die Voranschlagsberatung voraussichtlich zu Ende geführt werden. Als der Oberbürgermeister gestern Abend gegen 1/8 Uhr die Sitzung aufhob, da waren 21 Titel erledigt. Infolge anderer dringender Geschäfte will man heute unbedingt fertig werden. Der Beginn der Sitzung wurde infolgedessen auf 3 Uhr festgesetzt. Um 6 Uhr beginnt der Stadtrat zu tagen. Wenn bis dahin der Voranschlag nicht völlig durchberaten ist, dann soll um 9 Uhr weitergetagt werden. Es ist aber anzunehmen, daß man um diese Nachtigung herumkommt, da die Mehrheit des Kollegiums der unnötigen Rederei ernstlich müde zu sein scheint, die gestern sich wieder von der übelsten Seite zeigte. Am meisten ländigt in dieser Beziehung die Linke. Aber auch auf bürgerlicher Seite hätte man sich manchmal bei weitem kürzer fassen können.

Es bleibt nicht viel übrig, wenn man versucht, aus den nahezu vierstündigen Erörterungen das für die Öffentlichkeit wirklich Interessante herauszuschälen. Beim Etat der Handelshochschule, die einen Zuschuß von 6 916 500 (mehr 5 223 200 Mark) erfordert, kritisierte Stadtr. Godef sehr abfällig die Lasten, die die Mannheimer Hochschule immer noch auf die staatliche Anerkennung wartet. Dabei z. B. diejenigen Handelslehrer, die hier ihre Ausbildung genießen, in Karlsruhe geprüft werden müssen. Stv. Dr. Siedinger sprach seine Freude darüber aus, daß Herr Godef diese bedauerliche Unachtsamkeit der badischen Regierung festgenagelt hatte, wobei er noch darauf hinwies, daß Mannheim wie keine andere Stadt in Baden in der Lage ist, sein reich ausgestattetes Schulwesen zur praktischen Ausbildung zur Verfügung zu stellen. Oberbürgermeister Dr. Kucher zeigt sich sehr dankbar dafür, daß dieser wichtige Punkt zur Sprache gebracht worden war. Wir müssen dem Stadtvorstand recht geben, daß es wirklich traurig ist, daß die Stadt Mannheim für die Ausbildung der Handelslehrer nicht einen roten Heller bekommt. Man sieht hieraus wieder, daß es der badischen Regierung völlig gleichgültig ist, ob hier eine Handelshochschule existiert oder nicht. Die Mannheimer müssen froh sein, daß sie überhaupt noch schnaufen dürfen. Die Abwesenheit des Intendanten ließ darauf schließen, daß es zu keiner Theaterdebatte kommen würde. Stadtr. Godef aber wollte degreiflicherweise wenigstens wissen, wie sich das Schicksal des Nationaltheaters in den nächsten Monaten gestalten wird. Oberbürgermeister Dr. Kucher konnte die Versicherung abgeben, daß wenn „höhere Gewalt“ keinen Strich durch die Rechnung macht, das Nationaltheater in der Spielzeit 1922/23 durchgehalten werden wird.

Borher hatte man sich noch eingehender über die Schulen unterhalten. Die Länge der Aussprache reichte zwar nicht im entferntesten an diejenige in der Vorperiode heran, aber sie war trotzdem mehr als genügend. Oberbürgermeister Dr. Kucher machte darauf aufmerksam, daß der Volksschulbetrieb in seiner jetzigen Form unmöglich noch lange aufrecht erhalten werden kann, wenn der Staat nicht mehr als bisher zu den Lasten beiträgt. Wir beschließen, es wird hier genau so gehen, wie bei der Handelshochschule. Der Staat wird eines Tages kategorisch erklären: statt den Schulbetrieb auf die städtische Finanzlage ein. Wir werden uns an nach mancher Bereinscheidung gewöhnen müssen. Bei der Fortbildungsschule wurde von mehreren Rednern eine Dezentralisation im Interesse der in den Vororten wohnenden Schüler gewünscht. Die Stadterwaltung wird sich dazu nicht verstehen. Aber vielleicht ist es möglich, den Schülern dadurch entgegenzukommen, daß man den Straßenbahnfahrpreis etwas ermäßigt. Stv. Roes, der die Wiedereinführung der Schieferlafel in der Volksschule anregte, stieß hierbei auf den Widerstand des obersten Beizers. Wir meinen, man sollte angesichts der Tatsache, daß heute ein Schreibstift 60 K. kostet, diese Anregung nicht mit einer Handbewegung abtun, zumal Frau Rigel, eine Lehrerin, ebenfalls die Ansicht vertritt, daß sich die Wiedereinführung der Schieferlafel, abgesehen von der Ersparnis, auch aus schulfachlichen Gründen durchaus vertreten läßt.

Eingehender unterließ sich das Kollegium auch über die Kunst- und Musikhallen. Von deutscher nationaler Seite lag der Antrag vor, von dem Zuschuß von 2 203 000 K. mehr 1 440 400 K. 500 000 K. zu streichen. Stv. Godef, der diesen Antrag ablehnte, sprach sein tiefstes Bedauern über das Scheitern des Standpunkts aus. Stv. Dr. Jelschke vertrat mit dem Redner den Standpunkt, daß die Kunst- und Musikhallen heute notwendiger denn je sei. Nur den ganz Reichen sei es heute nicht so unredlich, wenn er erwiderte, man dürfe überhaupt keine Sparmaßnahme mehr stellen. Es solle ihm gar nicht einfallen, die Ausgaben der Kunsthallen das Wort zu reden. Man müsse heute die Ausgaben mit 3 multiplizieren, wenn man die wahre Höhe der Voranschlagssummen erreichen wolle. Es werde unter solchen Umständen gar nicht mehr möglich sein, das Geld in der beantragten Weise für Sachen auszugeben, die nicht unbedingt zum Leben gehören. Oberbürgermeister Dr. Kucher zeigte sich sehr warm für die Kunsthallen ein, die von der Reichsregierung als Zuschußberechtigter anerkannt worden sei, im Gegensatz zum Nationaltheater, Kultur ist etwas ganz anderes als Kräftigenvergnügen.

National-Theater Mannheim.

Fortführung des Theaterbetriebs.
Zur Frage der Fortführung des Nationaltheaters hatte man eigentlich eine längere Debatte in der zur Zeit tagenden Sitzung des Bürgerausschusses erwartet. Wegen vor vier Wochen die Dinge doch so, daß der Stadtrat zusehen wollte, wie sich die getroffenen Maßnahmen zur Besserung der Rentabilität bewähren würden. Obwohl wir alle Zuhörer waren und finden mußten, daß der Besuch ständlicher Vorstellungen im Nationaltheater — wenn auch mit Berücksichtigung der Theatergemeinden — sehr gut ist und den der vergangenen Spielzeit weit übertrifft, und daß in der gesamten künstlerischen ein erster Arbeitswille und eine große Spielreueigkeit herrschen, so schien die Lage bis gestern doch noch völlig ungelöst. Man mußte daher überrascht sein, bei der gestrigen Voranschlagsberatung über das Nationaltheater den Intendanten nicht anwesend zu sehen und zu beobachten, daß überhaupt nicht die Absicht bestand, über diesen Gegenstand in eine öffentliche Debatte einzutreten.
Zum Wort meldete sich nur Stadtr. Hans Godef, und was er als Mitglied des Nationaltheaters vorzubringen hatte, bestätigte nur unsere Auffassung, daß man sich in der Öffentlichkeit über die Fortführung des Theaterbetriebs nicht im Klaren war. Herr Godef sprach von einer degreiflichen Unruhe bei den Theatermitgliedern, die durch schlechtere Berichte von der Schließung des Betriebes herangeführt worden sei. Sprecher hat, diesem Zustande schädlicher Erregung ein Ende zu bereiten, falls Gründe zu solcher Besorgnis nicht vorhanden sein sollten. Herr Godef versicherte ferner, daß in den Theaterbetrieb nun endlich Ruhe eingeblasen sei und daß es nur einen verheerenden Einbruch der Sicherheit ihre Aufgaben erfüllen lasse.
Herr Oberbürgermeister Dr. Kucher gab sodann die erwartete und hocherfreuliche Erklärung ab, daß die Stadt entschlossen sei, den Theaterbetrieb in der Spielzeit 1922/23 im vollen Umfang aufrecht zu erhalten — vorbehaltlich höherer Gewalt. Damit ist das Verhängnis des wirtschaftlichen Ruins in vieler Epitaphen wieder einmal gebannt, die Gerüchte müssen schweigen, die Kunst hat das Wort, und Mannheims Bevölkerung braucht des wichtigsten Kulturfaktors unserer Zeit nicht zu entbehren. Gleichviel, wie es um die Zukunft des Nationaltheaters über das laufende Spieljahr hinaus bestellt sein mag — für eins haben Stadt und Intendant unzweifelhaft Sorge zu tragen, für die einträgliche Ausbarmachung des Neuen Theaters im Sinne

das nach einer eben eingelaufenen Äußerung des Reichsfinanzministers zweifellos leer ausgehen werde. Wenn es nicht möglich sei, die Reichsregierung umzustimmen, dann sei allerdings in der nächsten Spielzeit nicht daran zu denken, den Betrieb im heutigen Umfang beizubehalten. Dann aber müßten erst recht diejenigen Kulturaufgaben erfüllt werden, die an viele Menschen mit viel größerer Eindringlichkeit herangebracht würden, als es beim Theater der Fall sei. Hohes Lob spendete Herr Dr. Kucher Herrn Dr. Wischer, dessen Ueberfiedelung nach Frankfurt wohl nicht mehr zu verhindern sei. Man könne den Frankfurter dazu gratulieren, daß sie diesen Mann erhielten, der sich um das Mannheimer Kunstleben ganz ungeheure Verdienste erworben habe. Die Stadt habe sich nichts vorzumerken. Er habe auch nicht gehört, daß irgendwelche Differenzen zwischen dem Dezentralen und Herrn Dr. Wischer, der auch Leiter der staatlichen Gemäldebesammlungen werden sollte, die der Stadt überfallen wird, vorgekommen seien. Die Aussprache gipfelte schließlich darin, daß der deutschnationaler Antrag mit allen gegen die Stimme des Herrn Perrey abgelehnt wurde.
Erwähnenswert ist noch, daß Stv. Roes die Anlagerung des Wächnerinnenamtes und anderer Anstalten an die städtischen Krankenanstalten forderte.

Sitzungsbericht.

Oberbürgermeister Dr. Kucher eröffnet um 4.15 Uhr die Sitzung. Das Haus ist beschlußfähig, die Galerie sehr schwach besetzt. Die Einzelberatung wird fortgesetzt. Bei Titel XII „Grundbuchamt und Schenkungskommission“ plädiert Stv. Dreifuh (Soz.) für höhere Gebühren, damit aus dem Fehlbetrag des Voranschlags ein Uebererschuß wird. Oberverwaltungsrat Köb, der auf die Ausführungen des Stv. Dreifuh erwidert, ist auf der Galerie unverständlich. Bei Titel XIV „Sonstige Teilnahme an der Erfüllung staatlicher und öffentlicher Aufgaben“ liegt ein von Stv. Perrey begründeter Antrag der Deutschnationalen vor, für die Veteranenfürsorge statt 15 000 K. 150 000 K. bereitzustellen. Stadtrat Siedinger ist der Ansicht, daß ein Bedürfnis auf Erhöhung nicht vorliegt, da die Reichsbeiträge 600 K. betrage und demnach erhöht werden und außerdem die meisten Veteranen zu den unterstützungsbedürftigen Sozial- und Rentenrentnern gehören. Der Antrag wird gegen 23 bürgerliche Stimmen abgelehnt.

Bei Titel XV „Arbeitsamt“ verlangt Stv. Frau Rehl (Soz.) eine bessere Durchführung der Trennung der männlichen und weiblichen Arbeitsträfte im Geschäftsbereich des Arbeitsamtes. Auf eine Anfrage des Stv. Herkel (Soz.) wegen Berufsberatung des Arbeitsamtes erwidert Stv. Böttger, daß am 1. Oktober das neue Arbeitsgesetz in Kraft tritt, das die Arbeitsvermittlung auf eine völlig neue Grundlage stellt. Der Geschäftsbereich des Mannheimer Amtes erfährt eine bedeutende Erweiterung. Wienheim und Wampertheim sowie Heppenheim und Altrip werden einbezogen werden. Die Stadt wird erheblich weniger Lasten zu tragen haben, da die einzelnen Gemeinden mit bezahlen müssen. Fachauschüsse werden ebenfalls errichtet werden, wie es das Gesetz vorschreibt. Ein Fachauschuss für das Hausgewerbe bestche noch nicht. Es werden natürlich auch hier Schiedsgerichte eingerichtet werden. Zu den Aufgaben des Arbeitsamtes gehört auch die Berufsberatung und die Vermittlung von Lehrstellen. Auf diesen Gebieten werde sehr viel geleistet. Die Leitung dieses Amtes muß allerdings mit viel Verständnis geführt werden. Die jetzige Leitung ist sehr gut. Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung wird in Zukunft durch Beamten besetzt werden.

Die Schuldebatte.

Stv. Herkel (Soz.) plädiert für die Erhöhung des Zuschusses für die freireligiöse Gemeinde, damit die freireligiösen Unterrichtsstunden vermehrt werden können. Der gesamte Personalaufwand für den Volksschulbetrieb sollte auf den Staat übernommen werden. Den Fortbildungsschülern, die in den Vororten wohnen, sollte Freifahrt auf der Straßenbahn gewährt werden. Stv. Frau Häußer (Dem.) fordert das dritte Fortbildungsschuljahr für Mädchen vom Jahre 1923 ab. St. Roes (Deutschlib.) wirft die Frage auf, ob nicht die Schieferlafel bei den Volksschulen wieder eingeführt werden sollte. Angesichts der Tatsache, daß ein Schreibstift heute 60 K. kostet, könnten Millionen gespart werden. Stv. Gremm (Soz.) ist für Dezentralisierung des Fortbildungsschulunterrichts. Stv. Böttger gibt zu, daß die Schulverhältnisse in Sandhofen unzulässig sind. Es habe unter diesen Umständen auf sein Reservatrecht auf das dortige Krankenhaus verzichtet, das sich für die Einrichtung eines Säuglingskrankenhauses sehr eigne. Stv. Rundhaas (Soz.) ist ebenfalls für den Fortbildungsschulunterricht in den Vororten. Oberverwaltungsrat Joseph stellt fest, daß der Gedanke der Dezentralisierung ungedenklich wäre. Wir müssen uns auf diesen Sach beschränken, weil der Redner auf der Tribüne unverständlich ist. Stv. Dr. Siedinger meint, der Schulabzug sei unter allen Umständen im Interesse der Disziplin

Start zu fahren. Ein Übungsflug folgt dem anderen. Stempert auf einem ganz neuarigen Flugzeug, einer Ente, in zweifelhafte Bauart, die die Steuerungslinien vorn trägt und die Tragflächen hinten, macht nur einen vielversprechenden Ausblick, dann löst er durch, plumpst etwas unsanft auf sein Fahrgestell und gerät es; in den Stall damit und schnell ausgebeißert. Regierungs-Baumeister Harth auf seinem Apparat mit sinnreicher Flächenverwindung, der bis jetzt den Weltrekord von 2 1/2 Min. inne hatte, macht einige schöne Taktflüge.

Zum Rhönsegelflug-Wettbewerb.

Wir stehen auf der höchsten Erhebung der Wassertuppe. Einige Meter unter uns liegt das Fliegerlager, wie ein Dorf, abgelegen von der Großstadt und doch in ständiger Verbindung mit dem Weltgetriebe, wie wir an den Antennenanlagen der Funkstation erkennen können. Tags zuvor war es ein beschwerliches Aufstieg gewesen, durch Wind und Wetter, vom Lager war vor Nebel kaum etwas zu sehen. Nur Klappen und Arbeitsgeräusch und enges, fröhliches Besammensein in der Restaurationsbude. Hier ist alles verlammt, was irgendwie mit dem Wettbewerb zu tun hat: Flieger aus allen Ecken Deutschlands, technische Personal, die Herren der Sportleitung, Hochschulprofessoren, ja, auch Frauen haben sich herauf gewagt.
Nachdem am Morgen noch wenig Aussicht auf Flugwetter bestanden, haben sich jetzt gegen Mittag die Wolken gelichtet. Nun wird es im Lager lebendig. Noch eine Weile, und es wimmelt wie in einem Ameisenhaufen. Die „Kögel“ in den Zelten beginnen sich zu drängen. Da kommt schon ein Segler zum Starten bereit. Es sind die Darmstädter mit ihrer „Edith“, ein in allen Teilen selbst angefertigter Eindecker, kaum glaubhaft, daß er allein von Studenten ausgeführt wurde. Der Führer hat seinen Platz im Apparat eingenommen. Die Startmannschaft hat das Zugorgan vorn am Bug des Rumpfes ein. Es besteht aus einem Seil mit zwischengeschaltetem Gummistrang, an dessen zwei Enden je zwei die Windfäden: 4-4, 5-4, 5-7, 7-9. „Los“ kommandiert der Führer, die vier Leute vorn ziehen an, das Seil löst sich, sowie nach kaum 15 Meter sich der weiße Vogel erhebt, und ruhig zieht er in der Luft dahin, ohne surrenden Propeller, ohne knatternden Motor, nur getragen von dem unberechenbarsten aller Elemente: der Luft. Gerade diese ruhige lautlose Selbstverständlichkeit, die nicht erkennen läßt, wieviel Gedankenarbeit und Mühseligkeit sie schon gekostet hat, ist das Erbeben am Segelflug.
Alle Größen des Wettbewerbes sehen wie naheinander starten. Jedemal heißt es, den Vogel eigenhändig die freien Abhänge wieder hinaufzuführen, eine Arbeit, die manchen Schwelktropfen kostet. Nur ganz wenige können sich den Luxus erlauben, für 1000 Mark ein Bauernpferd zu leihen und so mit „1 P.“ an den

notwendig. Das dritte Mädchenschuljahr werde an Ostern 1923 zweifellos kommen. Die Zentralisation der Fortbildungsschule könne nicht ausgehen werden. Allerdings sollten die Schüler der Vororte durch die Straßenbahnfahrt nicht allzu stark belastet werden. Er selber wünscht, daß der freireligiösen Gemeinde Gelegenheit gegeben werde, ihren Unterricht in vollem Umfang zu erteilen. Die Wiedereinführung der Schieferlafel könne aus verschiedenen Gründen nicht empfohlen werden. Mit den Lernmitteln sollte recht sparsam und sorgfältig umgegangen werden. Redner dankt der Stadterwaltung für die großen Aufwendungen für die Volksschule und damit für unsere Zukunftshoffnung.

Stv. Frau Rigel (Soz.) spricht sich gegen eine weitere Differenzierung des Schulbetriebes und für die Rückkehr zu Normalklassen aus. Redner richtet den Appell an die Frauen Mannheims, sich ehrenamtlich an der Aufsichtspflege zu beteiligen. Vor der zu wissenschaftlichen Führung des Arbeitsamtes sei in Bezug auf die Berufsberatung zu warnen. Das Elternhaus und die Jugend müßten vor allzu eifrigen Statistiken bewahrt werden. Die Rednerin hebt dabei auf einen Fragebogen ab, der unangebrachte Fragen stelle. Die Verwendung des Sandhofener Krankenhauses zu Schulzwecken sei nur ein Nothbehelf. Für Sandhofen müsse ein großes, schönes Schulhaus erstellt werden. (Heiterkeit.) Die Wiedereinführung der Schieferlafel sei aus Ersparnisgründen zu befürworten. Oberbürgermeister Dr. Kucher stellt fest, daß der Schulbetrieb in der feierlichen Weise nicht aufrecht erhalten werden könne, wenn der Staat nicht so gründlich wie in Bayern helfe. Die Regierung hat von Februar bis September auf viele Eingaben nicht geantwortet. (Hört! Hört!) Nur weil man an Hilfe glaube, habe man den Mut, bei der bisherigen Schultradition zu bleiben. Die jetzige Differenzierung sollte nicht aufgegeben werden. Stv. Dr. Siedinger stellt mit Bemerkung fest, daß in der vorbildlichen Arbeitsordnung der Metallindustrie der Lohnabzug infolge des Befehls der Fortbildungsschule verboten ist. Stv. Rob. Haas (Dem.) bemerkt, daß die Mannheimer Lehrerschaft eine gesunde Differenzierung nicht ablehne, dagegen alle Ubertreibungen, die sich durch das jetzige System herausgebildet hätten. An dem gegenwärtigen Drillsystem sei lediglich der Lehrplan schuld. Es sei aber zu hoffen, daß bald aus der Wissens- eine Lebensschule werde. Stv. Herkel (Soz.) nimmt die Intelligenzuntersuchungen gegen die allzu ironischen Bemerkungen in Schutz, die bisher gefallen sind. Damit schließt die Schuldebatte.

Handelshochschule und Kunsthalle.

Stv. Godef (Soz.) behandelt die Handelshochschule. Die Handelslehrerandidaten, die in Mannheim die Prüfungen ablegen, werden von fast den meisten Staaten übernommen. Nur Baden verlange die Ablegung der Prüfung in Karlsruhe, damit der Handelslehrer in Baden tätig sein kann. Stv. Dr. Siedinger (Dem.) erklärt, daß es bedauerlich sei, daß die Mannheimer Hochschule noch nicht staatlich anerkannt sei. Die Handelslehrer müßten auch über Baden hinaus verwendet werden. Oberbürgermeister Dr. Kucher behauptet ebenfalls, daß die Handelshochschule bis jetzt nicht die richtige Anerkennung gefunden hat. Stv. Herkel (Soz.) lehnt den Zuschuß für die Hochschule für Ruffel im Betrag von 75 000 K. ab. Stv. Godef (Dnl.) bittet um Unterstützung für die Hochschule für Ruffel. Wenn die Kunst nicht unterstützt werde, sei eine Abwanderung zu befürchten. Auch Stv. Binnlinger (USP.) lehnt die Unterstützung für die Hochschule für Ruffel ab. Seine Ausführungen zeigten davon, daß er von den inneren Verhältnissen der Schule sehr gut unterrichtet ist. Bei Anstellung eines Direktors habe man politische Bedenken im Kuratorium geäußert. Der Redner wandte sich gegen diesen Umstand. Oberbürgermeister Dr. Kucher unterrichtet den Redner und bittet den Zuschuß zu behandeln; er widerpricht den Ausführungen des Redners. Der Stadtrat wird sich mit der Frage des Zuschusses nochmals befassen und darüber Beschluß fassen.

Bei Titel XVII „Förderung der Kunst, der Wissenschaft, der Stadtgeschichte, edler Unterhaltung“ spricht sich Stv. Godef (Dnl.) gegen die beantragenden Berichte der Schließung des Theaters aus. Oberbürgermeister Dr. Kucher teilt mit, daß wenn keine höhere Gewalt eintreten, das Theater 1922/23 nicht geschlossen wird. Zur Frage der Kunsthallen lag ein Antrag der Deutschnationalen vor, den Betrieb der Kunsthallen zu vereinfachen und für den Rest des Jahres 500 000 K. abzusetzen. Stv. Perrey (Dnl.) begründet den Antrag. Stv. Godef (Soz.) bittet um Aufklärung darüber, ob sich der Weggang des Direktors der Kunsthallen nach Frankfurt bewahrheitet. Er lehnt den Antrag der Deutschnationalen ab. Stv. Dr. Jelschke (Am.) tritt ebenfalls für die Erhaltung der Kunsthallen ein. Stv. Godef (Dnl.) freut sich über die Ausführungen des Stv. Godef, aber seiner Bewunderung Ausdruck, daß die gesamte Linke gegen die Hochschule für Ruffel ist, was umso bedauerlicher wäre, wenn nur politische Gründe dahinter ständen. Stv. Perrey (Dnl.) weist darauf hin, daß auch er für die Erhaltung der Kunsthallen sei, er wünsche nur eine Einschränkung. Oberbürgermeister Dr. Kucher erklärt, daß das Reich die Kunsthallen als Zuschußberechtigten be-

Start zu fahren.

Gen Abend — das Wetter ist immer prächtiger geworden — startete Henken mit dem „Lampyr“, den Martens im vorigen Jahre zum Siege führte. „Um alle Preise“ lautet seine Startanmeldung. Aber der Wind? Bloß 3 Metersekunden, doch im aufsteigenden Hangwind erreicht er sofort gewaltige Höhe. Und über Wassertuppe, Perdskopf und Cube beginnt er Ächzen zu liegen. Es ist schwer, den Anblick zu beschreiben und die Stimmung zu schildern, die der Flug bei uns Zeugen auslöst. Wie ein Wunder erscheint dem Leiter der Flug dieses seltsamen Vogels, in dem als einziger Motor das Herz des Fliegers arbeitet. Selbst ich als alter Motorflieger bin ganz befangen von der Wirkung dieses Fluges. Martens, angeflacht vom Erfolg seines Freundes, startet ihm nach in der zweiten Hannoveraner Maschine, dem „Greif“, und auch er segelt in lautloser Stille am Abendhimmel dahin. Als Dritte startet die Darmstädter „Edith“ und verflucht eine Zicklandung auf dem nahen Cube-Berg, wo ein Kreis von 100 Meter abgesteckt ist. Henken ist inzwischen über Land geflogen und landet nach 18 Min., mit unseren Ferngläsern kaum noch zu erkennen.

Wenige Tage darauf gingen durch die Presse der Welt die Berichte von den gewaltigen Leistungen der Rhönsegler. Martens überbietet am 18. den bisherigen Weltrekord im Segelflug um das Fache und bleibt 1 Stunde und 5 Min. in der Luft. Kaum ist diese Leistung allenthalben richtig in ihrer ganzen Größe erfasst, da wird Martens schon am folgenden Tage von Henken mit 2 Stunden 10 Sekunden geschlagen. Und der 24. — der letzte Tag des Wettbewerbes — bringt den herrlichen Dreifundentflug Henkens, eine neue Weltbestleistung und den größten Erfolg des diesjährigen Rhönsegelflugwettbewerbes.

Gar mancher wird nun gern die Antwort auf die Frage haben wollen: was heißt eigentlich in segelndem Fluge? Daß wir fliegen gelernt haben, weiß ja jeder gebildete Mensch der Gegenwart. Die ersten wissenschaftlich und zeitlich brauchbaren Ergebnisse erzielte bekanntlich der Ingenieur Otto Lilienthal, der in mehr als 20-jähriger mühsamer Arbeit die heute noch brauchbaren Grundlagen der Flugkunst schuf und als erster frei fliegender Mensch leider mitten aus seinen Erfolgen vor 26 Jahren, am 9. August 1896, durch einen Todes-

Handel und Industrie.

Zur Kapitalerhöhung in der Anilin-Gruppe.

Der Aufsichtsrat der Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning in Höchst beschloß, der auf den 10. Oktober einzuberufenden a.o. Hauptversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 70 Mill. auf 940 Mill. M. vorzuschlagen...

Bel den Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer u. Co. in Leverkusen hat der Aufsichtsrat beschlossen, einer auf den 18. Oktober einzuberufenden a.o. Hauptversammlung Vermehrung des Grundkapitals dergestalt vorzuschlagen...

Erhöhung der Tabakzölle.

Im Volkswirtschaftsausschuß des Reichstags wurde beschlossen, den Einfuhrzoll für Tabak von 60 M. auf 75 M. zu erhöhen.

- a) Für Tabakblätter, Abfälle hiervon und Abfälle von Tabakerzeugnissen auf 75 M. pro Tonne;
b) für Tabakrippen, Tabakstengel 29 M. pro Tonne;
c) für Tabaklaugen auf 46 M. pro Tonne;
d) für Karotten auf 87 M.

Dollarkurs 1750 Mark.

Rheinische Creditbank in Mannheim. Die Zulassungsstelle für Wertpapiere an der Börse zu Mannheim gibt bekannt, daß die Rheinische Creditbank den Antrag gestellt hat, 120 Mill. M. eigener Aktien zum Handel und zur Notierung an der Mannheimer Börse zuzulassen.

Neuer Verband im Lackgroßgewerbe. Mit Sitz Mannheim ist ein Verband süddeutscher Lackfabrikanten gegründet worden.

A.-G. für chemische Produkte (vorm. H. Scheidemann) in Berlin. In der a.-o. G.-V., in welcher ein Aktienkapital von 36 Mill. M. vertreten war, wurde beschlossen, das Aktienkapital um 25 auf 75 Mill. M. zu erhöhen.

Pittler Werkzeugmaschinenfabrik in Leipzig. Der Aufsichtsrat beschloß die Erhöhung des Grundkapitals von 15 1/2 auf 27 1/2 Millionen Mark.

Westfälische Drahtwerke A.-G. Der Abschluß für 1921/22 ergibt einen Rohgewinn von 38 348 328 .M. (i. V. 7 659 794 .M.). Nach Abzug der Unkosten usw. verbleibt ein Reingewinn von 19 700 605 .M. (3 126 276), aus dem wieder eine Dividende von 6% auf die V.-A. und 20% (10%) auf die St.-A. verteilt wird.

Kaliwerke Wintershall. Die Gesellschaft errichtet auf ihrer Schachtanlage eine eigene Gießerei, um das alte Eisen im eigenen Betrieb verarbeiten zu können.

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 27. Sept. Das Geschäft war heute bei fester Tendenz sehr lebhaft. Zur Notierung gelangten: Umsätze in Bad. Anilin zu 1630%, ferner in Westeregeln zu 2200%, in Benz zu 700%.

Montagschluß der Frankfurter Börse. Dem im gestrigen Abendblatt bereits gemeldeten Vorgehen der Berliner Börse schließt sich gleichfalls die Frankfurter Wertpapierbörse an, indem sie am Montag, den 2. Oktober wegen Schwierigkeiten in der Limitserneuerung geschlossen bleibt.

Devisenmarkt

Aufwärtsbewegung am Devisenmarkt.

Mannheim, 28. Sept. (9.30 vorm.) Für die neue Aufwärtsbewegung der Devisen lassen sich kaum sachlich begründete Gründe finden. Auf dem halbbedrückten Untergrund einer Furcht vor der Senkung der in der letzten Zeit ungebührlich in die Höhe getriebenen Preise macht sich ein ausgesprochener Valutapessimismus bemerkbar.

Es notierten am hiesigen Platze (mitgeteilt von der Mitteldeutschen Creditbank, hier): New York 1750 (1645), Holland 88 200 (83 550), London 7740 (7250), Schweiz 32 850 (30 650), Paris 13 350 (12 525), Italien 7490 (7050).

Table with exchange rates for New York, London, Paris, etc. Columns include location and rate.

Waren und Märkte.

Mehlpreis-Ermäßigung. Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat den Preis für Weizenmehl Spezial 0 auf 9800 Mark (bisher 9900 M.) pro Doppelzentner herabgesetzt.

Metallpreise. Berlin meldet für Altplatin 4300-4500 und für Gold 920-950 M. je Gramm.

Erhöhung der Preise für Gußwaren. Der Verein Deutscher Gießereien (Gießerei-Verband) erhöhte die Gußwarenpreise für Lieferungen ab 1. Oktober um 15%.

Berliner Metallbörse vom 27. September.

Table with metal prices for various items like Aluminium, Nickel, etc. Columns include item name and price.

Table with London metal market prices for items like Kupfer, Zink, etc. Columns include item name and price.

Table with Liverpool cotton market prices for items like Baumwolle, etc. Columns include item name and price.

Amerikanischer Funkdienst.

Table with American radio service prices for various stations and services. Columns include station name and price.

Table with Chicago radio service prices for various stations and services. Columns include station name and price.

Verleger, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Gade, Mannheimer General-Anzeiger, G. u. K. G., Mannheim, E. 6, 2.

Offene Stellen. Erfahrener Buchhalter für grösseren Betrieb der Metall-Industrie sofort gesucht.

Mehrere Buchhalter mit gediegenen kaufmännischen Kenntnissen und mit guter Handschrift, Cabelsberger Stenografen, zum baldigen Eintritt gesucht.

Brown, Boveri & Cie. Aktiengesellschaft Mannheim - Käfertal. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften sind einzureichen an

Für Ausland tüchtiger Monteur gesucht. Muss eine kleinere Wasserkraftzentrale einrichten, Reaktor und Hilf-Batterie mit elektrischen Hilfsmitteln erstellen und eventuell später als Betriebsleiter übernehmen.

Jüngere Kontoristin sofort gesucht. Von heiliger Großhandlung. Angebote unter L. E. 24 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiges Schreibfräulein nicht unter 18 Jahren, mit guten Zeugnissen, sofort gesucht. Verlässliche Vorstellung bei 9016 Siemens & Halske A.-G., Technisches Büro, L 15, 14.

Reklameakquisitor für unsere diversen Aufträge, bei hoher Provision, für dauernd gesucht. Dorzufstellen am Freitag, 29. Septbr., vormittags zwischen 10-12 Uhr. Francken & Lang, L14, 9

Vertriefer gesucht bei Anfertigung u. Handel einzelner für Spezialhandwerk- und Kleinwaren. 3897

Friseur-Gebilfte per sofort gesucht. Wilhelm Voller, Werkstr. 2, 747

Verkäuferin mögl. aus der Branche, oder tüchtiges Lehrlingmädchen per bald gesucht. Emil Kraft, J 1, 6

Filialeiterin gesucht. Jüng. tüchtige Verkäuferin für Buch- und Papierwaren. Angebote mit Zeugnisabschriften unter M. B. 46 an die Geschäftsstelle d. Bl. 781

Putzfrau für sofort oder 1. Oktober tüchtiges Mädchen das kochen kann. Zu erfragen L 11, 14, 760

Putzfrau oder Dienstmädchen für Heinen Haushalt sofort gesucht. 36788

Stellen-Gesuche Westsachsen: Suche Kleinvertrieb, nur leistungsfähiger St. garten-, Sigaretten- und Tabakfabr. Bin bei la. Spezial u. Großh. best. bef. u. eingeführt. Vgl. angeh. m. Preislist. u. Preisführungschema unter H. B. 188 an ALA-Franckenstein & Vogler, Mannheim. 6271

Apotheker Ungarnisierter, geht Ende Okt. u. Studium, übernahm J. 3 Wochen Vertretg. Mannheim u. Substanzhofen beider. Arg. um K. Q. 10 an die Geschäftsstelle d. Bl. 748

Friseur-Gebilfte (auch Stellung, wo ihm Gelegenheit geboten ist, sich im Damenrisieren weiter auszubild. Sorennitätsliste vorhanden. Angeb. erbeten unter J. N. 27 an die Geschäftsstelle d. Bl. 748

Junger Kaufmann (auch Stellung als Buchhalter, Expedient usw. Ang. um J. Z. 94 an die Geschäftsstelle d. Bl. 775

Junger Zahn-Technikerin (soeben Lehrgang beendet, prüft in Kaufhaus u. Keinen Zahnarbeiten, bot auch etwas operativ gearbeitet, sucht Anfangsstellung. Gehalt nach Vereinbarung. 754

Herrschafts-Gauffeur (auch Stellung als Buchhalter, Expedient usw. Ang. um J. Z. 94 an die Geschäftsstelle d. Bl. 775

Tüchtige Stenotypistin für Deutsch u. Französisch sucht Nebenbeschäftigung nach 4 Uhr. 729

Buchhalterin mit langjähriger Praxis. Gehalt nach Vereinbarung. Ang. um K. Y. 18 an die Geschäftsstelle d. Bl. 748

Verkäufe Ein elektr. Musikwerk gut erhalten, preiswert zu verkaufen *844 oder gegen Klavier zu tauschen. Angebote unter L. H. 27 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Lagerplatz mit Gleisanlage, Gebäude, Keller, in best. Zustand, geeignet für Lagerung von Holz, etc. Angebote unter P. P. 140 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Motorrads 2 PS, (schön, preiswert zu verkaufen, Vermittl. Preis. Ang. u. M. M. 2124 an ALA-Franckenstein & Vogler, Mannheim. 6271

Kauf-Gesuche Guterhalten, vierwädriger Handwagen (Roller) zu kaufen gesucht. Angebote unter F. U. 145 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 3891

Auto zu kaufen ges. 4 Sitzer, wenn möglich mit Getriebe. Hetzel, A 2, 3. Guterhalten, Schreibmaschine zu kaufen gesucht. 801

Brillanten Alt-Gold- u. Silbergegenstände, Zahngelbes, kauf höchstzahl. Hermann Werthmann, T 3, 3, Tel. 8492.

Handwagen (Roller) zu kaufen gesucht. Angebote unter F. U. 145 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 3891

Auto zu kaufen ges. 4 Sitzer, wenn möglich mit Getriebe. Hetzel, A 2, 3. Guterhalten, Schreibmaschine zu kaufen gesucht. 801

1 Teppich, 1 Läufer 1 Tisch u. einige Sessel jeder Tri. Kaufst. Sie zu kaufen gesucht. Angebots unter K. W. 16 an die Geschäftsstelle. *819

Miet-Gesuche Wohnungs-Gesuch! Zeitgemäße Mierte zahlt ruhige kleine Familie für baldigst in gutem Hause bezugsbar

Bank-Direktor sucht per sofort oder später eine Lehre

4-5 Zm. Wohnung mit Zubehör in guter Lage der Stadt. Gemüthlichkeit des Wohnungsgenusses vorhanden. Gehalt. Angebote unter J. W. 91 an die Geschäftsstelle. 36773 36603

1 oder 2 möbl. Zimmer mit oder ohne Balkon von 2 jung. Herren zu mieten. Angebote unter J. Y. 23 an die Geschäftsstelle. *773

Möblierte Zimmer dauernd gesucht. Wohnungsnachweis Q 3, 16 früh. P 4, 2, Bergmann.

Auto zu kaufen ges. 4 Sitzer, wenn möglich mit Getriebe. Hetzel, A 2, 3. Guterhalten, Schreibmaschine zu kaufen gesucht. 801

Auto zu kaufen ges. 4 Sitzer, wenn möglich mit Getriebe. Hetzel, A 2, 3. Guterhalten, Schreibmaschine zu kaufen gesucht. 801

